

**Geschäftsführung
Bezirksvertretung
Uellendahl-Katernberg**

Es informiert Sie	Sabine Schall
Telefon (0202)	563-2830
Fax (0202)	563-8055
E-Mail	sabine.schall@stadt.wuppertal.de
Datum	02.07.02

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg am 20.06.2002

Anwesend sind:

von der CDU-Fraktion

Frau Renate Bente
Herr Burkhard Josef Buse
Frau Margret Czeschensky
Herr Herbert Grüter
Herr Hans-Joachim Lüppken
Herr Josef Maaßen
Herr Wolfgang Sacré
Herr Gerd Teichmüller

von der SPD-Fraktion

Frau Rita Braunersreuther
Frau Gabriela Ebert
Herr Helfried Haarbeck
Herr Hans Hundeshagen
Frau Rosemarie Hundeshagen
Herr Winfried Schrahe

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Guido Gehrenbeck

Nicht anwesend

Eichler
Weilbrenner

Vertreter des Oberbürgermeisters

Bronold

Verwaltung

Ehm - R Umwelt, Grünflächen u. Forsten
Mücher - R Umwelt, Grünflächen und Forsten
Müller - Ressort Straßen und Verkehr
Osthoff - Geschäftsbereichsbüro GB 1
Schroeder - R Umwelt, Grünfl. und Forsten
Wenzel - R Umwelt, Grünflächen und Forsten

Polizei

van Heynsbergen

Schriftführerin:

Schall

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20.45 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die CDU-Fraktion stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5 bis zur nächsten Sitzung zu vertagen, da der umfangreiche Landschaftsplan den Mitgliedern der Bezirksvertretung nicht, wie in der Anlage angegeben, am 13.05.2002 sondern erst am 15.06. bzw. am 17.06.2002 zugegangen. Es sei den Mitgliedern der Fraktion nicht möglich gewesen, ihn verantwortungsvoll durchzuarbeiten.

Herr Gehrenbeck möchte dann zumindest aber Fragen zuzulassen, die die Verwaltung schon beantworten könne.

Herr Haarbeck bittet, diesen Tagesordnungspunkt nicht gänzlich abzusetzen. Die Mitglieder der Verwaltung könnten doch zumindest schon im Groben mitteilen, worum es gehe. So könne man es zumindest informell zur Kenntnis nehmen.

Der Bezirksvorsteher verweist darauf, dass er Herrn Mücher gebeten hatte, diese Anlagen nachzuschicken, weil ihm bekannt geworden sei, dass z.B. der Bezirksvertretung Elberfeld West die Unterlagen zur Sitzung nicht vorlagen.

Herr Mücher teilt mit, dass der Umweltausschuss und der Stadtentwicklungsausschuss die Beschlussfassung auf die September-Sitzung vertagt hätten. Er bittet jedoch darum, Fragen, die in nächster Zeit auftauchen würden, schon vorab der Verwaltung mitzuteilen, damit man sich über die Sommerpause hinweg damit befassen könne.

Die Bezirksvertretung ist damit einverstanden, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung zu behandeln.

I. Öffentlicher Teil

1 Berichte und Mitteilungen

- 1.1 Schreiben der Interessengemeinschaft der Anwohner des Ilexweges bzgl. des Flächennutzungsplanes zur Kenntnis
- 1.2 Schreiben der Interessengemeinschaft der Anwohner der Siedlung Am Eickhof bzgl. des Flächennutzungsplanes zur Kenntnis
- 1.3 Schreiben von Bürgern bzgl. der Wegsperrung Siebeneicker Straße - Schanzenweg - zur Stellungnahme in der Verwaltung
- 1.4 Auflistung aller Tempo-30-Strecken und Zonen im Bereich Uellendahl-Katernberg

Herr Haarbeck bezweifelt die Aktualität der Pläne, da diese das Datum 08/92 tragen würden. Ihm sei auch aufgefallen, dass die Beschilderung in den genannten Straßen richtig sei, die Pläne jedoch nicht immer hiermit übereinstimmen würden. Er bittet darum, die Pläne entsprechend anzupassen. Merkwürdig sei z.B. in den Unterlagen die Bezeichnung „Katernberger Straße ab in der Beek bis nach der Kurve der Gaststätte Haus Richter“. Es sei schwer verständlich, weil darüber die gesamte Straße in der Beek bis zur Kurve aufgeführt sei. Er frage sich, was dann damit gemeint sei. Die dazu gehörige Zeichnung stimme ebenfalls nicht. Ferner sei die Pahlkestraße in Höhe des Kindergartens mit einer Tempo-30-Zone versehen, die Beschilderung sei auch richtig, die Zeichnung aber nicht. Bei den Bezirksplänen sei anzumerken, dass für den Bezirk 13 im August-Jung-Weg beschlossen worden sei, im Bereich der Bebauung eine Tempo 30 Zone und im freien Bereich eine Tempo 50 Zone eingerichtet werden solle. Die Beschilderung stimme auch, der Plan jedoch nicht. Er bittet darum, alle Pläne auf den neuesten Stand zu bringen.

Herr Bronold bittet um Verständnis für die Tatsache, dass die Auflistung nur eine „Gedächtnisauflistung“ sei. Eine systematische Erfassung der Zonen gebe es leider nicht. Um dies zu tun, müssten Tausende von Verkehrsanweisungen durchforstet werden. Dies sei ein zu hoher Aufwand. Entscheidend sei doch, dass das, was beschlossen worden sei, auch umgesetzt worden sei.

- 1.5 Mitteilung des Ressort Straßen und Verkehr über Straßen, für die noch Beitragsverfahren anstehen
- 1.6 Anordnung von Verkehrszeichen und -einrichtungen gem. § 45 StVO - hier: Aprather Weg
- 1.7 Veranstaltungskalender
- 1.8 Schreiben von Anwohnern bzgl. eines Grundstückes an der Nevigeser Straße - zur Stellungnahme in der Verwaltung
- 1.9 Schreiben eines Anwohners bzgl. der Einrichtung eines Parkverbotes - zur Stellungnahme in der Verwaltung
- 1.10 Sachstandsmitteilung des Ressort Straßen und Verkehr bzgl. der Sanierung der Treppe Untere Bergerheide
- 1.11 Anordnung von Verkehrszeichen und -einrichtungen gem. § 45 StVO - hier: Holländische Heide
- 1.12 Veranstaltungskalender

2 **Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

- 2.1 **Die SPD-Fraktion** verweist darauf, dass im Bereich der Ausfahrten des Autohauses Gottfried Schultz und des Getränkecenters Kronen je eine Werbetafel stehen würde, die die Sicht der Autofahrer gefährden würden. Sie bittet dringend, hier Abhilfe zu schaffen.
- 2.2 **Herr Haarbeck** wundert sich über eine Straßenbenennung im Bereich der Grundschule Birkenhöhe, die offensichtlich an der Bezirksvertretung vorbei gegangen sei.

Der Bezirksvorsteher weist ihn darauf hin, dass dies in der Sitzung vom 21.09.2000 behandelt worden sei. Hier sei der einstimmige Beschluss gefasst worden, die Straße „Lipkenskothen“ zu nennen.
- 2.3 **Herr Gehrenbeck** möchte wissen, in welcher Sitzung über die Werbetafeln gesprochen werde, da im Verkehrsausschuss erwähnt worden sei, dass es illegale Bauten gebe. Es interessiere ihn, ob es diese auch im Bezirk Uellendahl-Katernberg gebe.
- 2.4 **Herr Gehrenbeck** verweist darauf, dass im Rathaus ein Aushang in Bezug auf Erhebung von Straßen ausgehängt sei. U.a. sei hier die Paul-Löbe-Straße erwähnt worden. Er möchte wissen, ob die Bezirksvertretung hier nicht beteiligt werden müsse.

- 2.5 **Herr Buse** verweist darauf, dass im Bereich der Straße Frankholzhäuschen die Ausfahrt in die Pahlkestraße Richtung Düsseldorfer Straße verkehrsgefährdend behindert sei. Die Sicht sei nicht ausreichend gegeben. Er bittet, hier Abhilfe zu schaffen.
- 2.6 **Frau Ebert** erinnert an ihre Anfrage aus der Sitzung vom 23.08.2001, in der sie darum bat, den fehlenden Wasserablauf in der Vogelsangstraße im Bereich der Landesfrauenklinik nach Regenfällen zu prüfen, weil die Straße dann nur noch mit Gummistiefeln begangen werden könne.
- 2.7 **Herr Buse** verweist auf die Verkehrsführung im Bereich der Nevigeser Straße / Bethesda Kindergarten stadteinwärts. Hier würden 3 Spuren in eine Richtung laufen. Er bittet darum, von der ersten Spur ca. 5-6 Striche zu entfernen, so dass man automatisch auf die rechte Fahrspur geführt werde.

Herr Müller - Ressort Straßen und Verkehr - sagt zu, sich diese Strecke genau anzusehen.

- 2.8 **Herr Maaßen** verweist auf die Verkehrssituation im Bereich des Kindergartens in der Nevigeser Straße. Die Eltern würden ihre PKW's nun halb auf dem Gehweg und halb auf der Straße abstellen und die Kinder zur Straßenseite hin aussteigen lassen. Hier solle über die Einrichtung eines Halteverbotes nachgedacht werden. Außerdem rege er an, die Polizei solle unbedingt mal einen entsprechenden Vortrag im Kindergarten halten.

Herr van Heynsbergen sagt zu, dies an den zuständigen Beamten weiterzugeben.

3 **Bezirksjugendrat**

Von den Mitgliedern des Bezirksjugendrates ist keiner anwesend.

Herr Gehrenbeck möchte wissen, warum die Mitglieder des Bezirksjugendrates nicht mehr zu den Sitzungen erscheinen. Es solle unbedingt geklärt werden, woran dies liege.

4 **Verkehrssituation Am Eckbusch in Höhe Haus-Nr. 77** **Vorlage: VO/0182/02**

Herr Müller - Ressort Straßen und Verkehr - teilt mit, dass die Straße in einem sehr desolaten Zustand sei. Es sei nicht sinnvoll, hier eine Verkehrsberuhigung einzurichten. Er appelliere an die Eltern, die Kinder nicht auf der Straße spielen zu lassen. Im nahen Umfeld gebe es genug Möglichkeiten zum Spielen. Ein Ausbau werde ins Auge gefasst, scheitere momentan aber an den fehlenden finanziellen Mitteln.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.06.2002:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für einen endgültigen Ausbau zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

**5 Landschaftsplanverfahren - Landschaftsplan Wuppertal-Nord
Vorlage: VO/0240/02**

Die CDU-Fraktion stellt vor Beginn der Sitzung den Antrag, diesen TOP zu vertagen. Siehe Hinweise „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.06.2002:

6 Mobilfunkanlagen - hier: Konrad-Adenauer-Straße

Herr Osthoff - Geschäftsbereichsbüro GB 1.2 - berichtet, dass das Aufstellen von Mobilfunkanlagen besonders im Jahr 2001 sehr aktuell geworden sei. Die gesetzliche Grundlage für die Aufstellung ergebe sich aus der 26. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz. Hier sei geregelt, wann und in welcher Form die Aufstellung genehmigungspflichtig sei. Ohne Genehmigung errichtet werden, könnten z.B. Anlagen bis zu einer Höhe von 10 Metern. Darüber hinaus werde eine Baugenehmigung fällig. In der Bevölkerung wachse der Widerstand gegen die Aufstellung von Mobilfunkanlagen. Im Jahr 2001 sei die Vereinbarung getroffen worden, dass Planungen von Mobilfunkanlagen grundsätzlich mit der Kommune abgestimmt werden müssten. In Wuppertal habe man die Regelung getroffen, dass die Verwaltung ab dem 01.01.2002 grundsätzlich Einwirkungsmöglichkeiten habe. Auch sei vorgesehen, die Vertreter von Bürgerinitiativen am Verfahren zu beteiligen. Für Wuppertal sei z.B. festgelegt worden, dass der Abstand zu Kindergärten, Schulen und Altenheimen mindestens 100 Meter und zu Wohneinheiten mindestens 5 Meter betragen müsse.

In Bezug auf die Anlage in der Konrad-Adenauer-Straße könne er mitteilen, dass die Genehmigung von der Regulierungsbehörde vorliege. Diese Anlage sei bereits im Jahr 2001 geplant und im April 2002 errichtet worden. Es werde nun ein Gespräch mit der Firma T-Mobile, Vertretern der Bürgerinitiative und ihm stattfinden. Auch seien dort Messungen vorgesehen. Die Verwaltung werde zunächst noch prüfen, ob es sich hier um ein reines oder ein allgemeines Wohngebiet handele. Außerdem werde die Verwaltung noch prüfen, ob die Anlage eventuell genehmigungspflichtig sei, weil es ein entsprechendes Urteil vom 30.04.2002 gebe. Hiernach seien unter Umständen auch Anlagen unter 10 Metern genehmigungspflichtig. Die Verwaltung habe z.B. 2 Anlagen in der Cronenberger Straße und im Kipdorf 66 gestoppt. Künftig solle grundsätzlich eine Genehmigung verlangt werden.

Die CDU-Fraktion möchte wissen, ob die Verwaltung die Auffassung teile, dass die Bezirksvertretung hier keine Einwirkungsmöglichkeiten habe.

Herr Osthoff bestätigt dies, die Bezirksvertretung habe hier lediglich das Recht der Kenntnisnahme.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass dieser Bereich sowieso schon sehr gefährdet sei, weil hier eine Hochspannungsleitung stehe. Er müsse in jedem Fall sorgfältig beobachtet werden.

Herr Gehrenbeck möchte wissen, was mit der Mobilfunkanlage geschehe, die auf dem Bethesda-Krankenhaus stehe.

Herr Osthoff berichtet hierzu, dass die Verwaltung derzeit vor einer Vielzahl von Problemen stehe. Zunächst müsse die Priorität aber bei den Neuanträgen liegen. Danach sei vorgesehen, Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern wegen der Altanlagen zu führen. Auch sei noch zu klären, ob hier auf Grund des Urteils noch im Nachhinein Baugenehmigungen erfolgen müssten. Diesbezüglich warte man auf einen Erlass des Innenministeriums.

Herr Gehrenbeck wünscht eine Auflistung aller Standorte von Mobilfunkanlagen im Bezirk Uellendahl-Katernberg.

Herr Osthoff sagt eine entsprechende Auflistung als Anlage zum Protokoll zu.

Frau Siepmann - Sprecherin der Bürgerinitiative - verweist darauf, dass hier 2 Anlagen sowie ein entsprechender Technikraum errichtet worden seien und diese Ende des Monats in Betrieb genommen werden sollen. Da es sich ihrer Ansicht nach um ein allgemeines Wohngebiet handele, sei die Errichtung formell ein Schwarzbau. Man habe zwischenzeitlich einen Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung der Interessen der Bürgerinitiative beauftragt.

Herr Steffens - Anwohner - beklagt die enorme Strahlenbelastung und auch die Wertminderung der umliegenden Häuser. In diesem Bereich gebe es sowieso schon durch die Hochspannungsleitung auffällig viele Krebskrankheiten. Dass der Vermieter hiermit keine Probleme habe, könne er sich angesichts der Einnahmen von 5.000 Euro pro Anlage gut vorstellen. Außerdem wisse doch keiner genau, wie schädlich die Strahlenbelastung tatsächlich sei, weil jeder Gutachter zu einem anderen Ergebnis käme.

Herr Osthoff sagt zu, über das anstehende Gespräch einen Bericht zu verfassen und diesen dem Umweltausschuss und der Bezirksvertretung zur Kenntnis zu geben.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.06.2002:

Herr Ehm - Ressort Umwelt, Grünflächen und Forsten - berichtet, dass der Schützenverein im Februar 2000 überlegt habe, im Vereinsheim des Kleingartenvereins Wolfsholz / Elsternbusch einen neuen Standort einzurichten. Bei einem Gespräch beim Oberbürgermeister, an dem Vertreter der Ressorts 103 und 209 sowie Herr von Gahlen teilgenommen hätten, seien hiergegen enorme Bedenken geäußert worden. Letztlich auch, weil der Kreisverband der Kleingärtner hiermit nicht einverstanden gewesen sei. So sei man zu dem Entschluss gekommen, dass eine unterirdische Einrichtung unter dem dortigen Parkplatz eine Lösungsmöglichkeit sei. Es sei damals vereinbart worden, dass entsprechende Unterlagen eingereicht und eine Bauvoranfrage gestellt würden. Nachdem er dann lange nichts mehr in dieser Angelegenheit gehört habe, sei er überrascht gewesen, als ihm bekannt geworden sei, dass eine Baugenehmigung

für die Errichtung eines Schießstandes im Vereinsheim erteilt worden sei. Der Kreisverband sei jedoch nach wie vor nicht hiermit einverstanden.

Herr Haarbeck erinnert daran, dass die Verwaltung ursprünglich doch eigentlich zugesagt habe, alles dafür zu tun, dass der Schützenverein seinen Standort im Bunker behalten könne. Die Verträge seien jedoch so mangelhaft verfasst worden, dass der Verein letztlich ausziehen müssen. Aus seiner Sicht sei die Verwaltung dem Verein schuldig, sich im Bemühen um einen neuen Standort für den Verein einzusetzen.

Herr von Gahlen teilt hierzu mit, dass die Verwaltung dem Architekten in Bezug auf die ursprüngliche Bauvoranfrage mit der unterirdischen Lösung signalisiert habe, dass dies so nicht genehmigt werden könne. Daraufhin habe man diese Anfrage zurückgezogen und eine weitere Anfrage für das Vereinsheim gestellt, die ja dann auch positiv beschieden worden sei.

Herr Ehm verweist nochmals darauf, dass eigentlich ausgemacht worden sei, dass der Architekt seine Pläne für die unterirdische Lösung vorstellen solle. Dies sei nie geschehen. Es sei ja auch bekannt, dass jeder eine Baugenehmigung für ein fremdes Grundstück stellen könne, der Kreisverband sei aber nun mal nach wie vor dagegen. Und dies sei schließlich entscheidend.

Herr Haarbeck weist darauf hin, dass aber doch offensichtlich die unterirdische Lösung abgelehnt worden sei und der Verein deshalb versucht habe, die andere Lösung durchzusetzen. Er erwarte, dass die Verwaltung sich für den Verein einsetze und den Pächter dahin gehend beeinflusse, dass der Verein zu einem neuen Standort komme.

Herr Ehm sagt zu, hier noch mal vermittelnd einzugreifen. Er könne jedoch nicht verstehen, dass der Verein sich erst jetzt, nachdem die Baugenehmigung seit einviertel Jahren bestehe, erst wieder melde und nicht zwischenzeitlich schon das Gespräch gesucht habe.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.06.2002:

8 **Straßenerneuerungsmaßnahmen im Bezirk**
Vorlage: VO/0186/02

Herr Gehrenbeck erinnert daran, dass er seinerzeit die Anfrage gestellt habe, ob im Bereich des Westfalenweges / Hans-Böckler-Straße die Errichtung einer Querungshilfe möglich sei und auch darum gebeten hatte, den Radweg hier fortzusetzen bzw. die Lücke zu schließen.

Herr Müller - Ressort Straßen und Verkehr - teilt hierzu mit, dass diesbezügliche Überlegungen angestellt worden seien. Es sei beabsichtigt, im Bereich des Westfalenweges in Höhe der vorhandenen Bushaltestelle eine Querungshilfe anzulegen. Ferner werden im Rahmen der anstehenden Bauarbeiten die fehlenden Markierungen aufgebracht und Verkehrszeichen für die Freigabe für den Radverkehr aufgestellt. Ferner weist er darauf hin, dass noch viele andere Maßnahmen, z.B. am Aprather Weg und am Elisabethheim ausstehen. Hier sei alles geplant, ihm seien aber durch die finanzielle Situation die Hände gebunden. Er hoffe, dass die Bezirksregierung hier in absehbarer Zeit eine Entscheidung zum Umgang mit dem Haushalt fasse.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.06.2002:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

9

Rechtmäßige Herstellung von Erschließungsanlagen

Vorlage: VO/0138/02

Die CDU-Fraktion sieht hier in sich Widersprüche. Im Beschlussvorschlag werde festgestellt, dass die in der Anlage 1 genannten Erschließungsanlagen den in § 1 Abs. 4-6 des Baugesetzbuches bezeichneten Anforderungen entsprechen. In der Anlage selber heiße es dann z.B., der Stichweg sei unzureichend befestigt und solle in Zukunft innerhalb der bisherigen Wegeflächen dem städtischen Ausbauprogramm entsprechend hergestellt werden. Hier solle einerseits festgestellt werden, dass es bereits ausgebaut ist, andererseits aber solle man auch feststellen, dass hier noch etwas geschehen müsse.

Herr Bronold weist darauf hin, dass es eigentlich um die Katernberger Straße gehe. Der Stichweg müsse eben noch hergestellt werden.

Der Bezirksvorsteher bittet darum, diese Angelegenheit aufzuklären.

Herr Gehrenbeck möchte wissen, ob die Anwohner des Stichweges (Anlage 5 der Drucksache) dann abschließend die Erschließungskosten zahlen müssten. Und ob sie sich diese Ausgaben sparen könnten, wenn die Bezirksvertretung hier nicht zustimme.

Herr Bronold teilt hierzu mit, dass die Bezirksvertretung hier nur angehört werde und der Verkehrsausschuss rechtliche Gründe angeben müsse, warum hier kein Ausbau erfolgen solle.

Herr Haarbeck weist darauf hin, dass die Bezeichnung falsch sei, wenn es sich denn um die dick eingeschwärzte Fläche handele. Er rege an, dies bis zur Sitzung des Verkehrsausschusses richtig zu stellen.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.06.2002:

Es wird empfohlen, festzustellen, dass die in Anlage 1 genannten Erschließungsanlagen den in § 1 Abs. 4 bis 6 Baugesetzbuch (BauGB) bezeichneten Anforderungen entsprechen, soweit sie nicht im Geltungsbereich eines Bebauungsplans liegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15

Ablehnung: 0

Enthaltung: 0

10

Durchführung von Erschließungsmaßnahmen zur Baureifmachung städtischen Grundbesitzes an der Girardetstraße
Vorlage: VO/0244/02

Herr Haarbeck ist der Ansicht, dass das Verfahren hier wohl durcheinander geraten sei. Aus diesem Grund sei wohl auch ein Dringlichkeitsbeschluss vom Verkehrsausschuss eingeholt worden. Die sei aber ebenso von der Bezirksvertretung möglich gewesen. Er habe zwischenzeitlich auch einen Anruf von Herrn Uebrick erhalten. Dieser habe eine Prüfung zugesagt. Da er bisher nichts mehr gehört habe, bittet er darum, dies aufzuklären.

Herr Bronold teilt mit, dass eigentlich immer versucht werde, die Reihenfolge einzuhalten. Hier sei nun mal ein Dringlichkeitsbeschluss durch den Verkehrsausschuss gefasst worden, damit noch im Juli 2002 das Ausschreibungsverfahren stattfinden könne.

Herr Haarbeck ist trotzdem der Ansicht, dass die Bezirksvertretung hier ebenso hätte eine Dringlichkeitsentscheidung fassen können.

Der Bezirksvorsteher weist darauf hin, dass auch er von Herrn Uebrick angerufen worden sei. Dieser habe ihn um Erlaubnis gebeten, diese Entscheidung so vorbereiten zu dürfen. Mit dem Hinweis darauf, dass die letzte Entscheidung der Bezirksvertretung maßgeblich sei, habe er zugestimmt. Dies sehe doch nun wieder ganz anders aus.

Herr Gehrenbeck teilt mit, dass er in der Sitzung des Verkehrsausschusses anwesend gewesen sei. Er habe hier die Bedenken der Bezirksvertretung eingebracht. Es sei dem Verkehrsausschuss versichert worden, dass die Entscheidung nur vorbehaltlich getroffen werde und die Anhörung der Bezirksvertretung abgewartet werde. Soweit diese anders ausfallen sollte, werde das Verfahren von vorne anfangen.

Der Bezirksvorsteher verweist aber darauf, dass dies in der Dringlichkeitsentscheidung nicht erwähnt sei.

Herr Haarbeck versteht jedoch nicht, warum die Entscheidung des Verkehrsausschusses dann nicht hätte nach der Sitzung der Bezirksvertretung fallen können. Es erkläre sich alles nicht. Inhaltlich sei man zwar einverstanden, aber diesen „Knoten“ im Verfahren bitte er aufzuklären.

Der CDU-Fraktion ist aufgefallen, dass es im Ergebnis zwar dem entspreche, was die Bezirksvertretung seinerzeit beschlossen habe. Ihr sei aber aufgefallen, dass die Anlage 2 von dem abweiche, was der Bezirksvertretung seinerzeit vorgestellt worden sei. Sie bittet dringlich darum, Änderungen, die sich im Nachhinein ergeben würden, über Berichte und Mitteilungen der Bezirksvertretung mitzuteilen, damit sie hier auf dem neuesten Stand sei.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.06.2002:

1. Die Bezirksvertretung empfiehlt, die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen zur Baureifmachung des an der Girardetstraße gelegenen städtischen Grundbesitzes zu Gesamtkosten in Höhe von 290.000 € zu beschließen.
2. Die Bezirksvertretung empfiehlt, der Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 290.000 € im Vermögenshaushalt 2002 -

Unterabschnitt 6303 - zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 1 (CDU-Fraktion)
Enthaltung: 1 (Bündnis 90 / Die Grünen)

11 Freie Mittel der Bezirksvertretung

Die CDU-Fraktion teilt mit, dass die Bezirksvertretung sich einig gewesen sei, den noch ausstehenden Restbetrag in Höhe von 11.816 Euro für die Schulwegsicherung im Kreuzungsbereich der Pahlkestraße / Aprather Straße / In den Birken / In der Beek einzusetzen. Es müsse nur sicher gestellt sein, dass dieser Betrag noch in diesem Haushaltsjahr ausgegeben werde, da er sonst verfalle. Ansonsten sei ihr Vorschlag, diesen Betrag den sechs Grundschulen im Bezirk zur Verfügung zu stellen.

Herr Müller teilt mit, dass er diesen Betrag sehr gerne annehmen würde. Es sei auch möglich, mit dem ersten Bauabschnitt kurzfristig zu beginnen.

Frau Bente bittet Herrn Müller darum zu prüfen, ob im Bereich der Gaststätte an der Pahlkestraße der dortige Grünstreifen oder aber der Jägerzaun die Grundstücksgrenze sei. Wenn nicht, könne die Verwaltung doch auch schon den Grünstreifen für die Errichtung eines Gehweges nutzen.

Beschluss der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg vom 20.06.2002:

Die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg bezuschusst das Projekt zur Schulwegsicherung im Bereich Kreuzung Pahlkestraße / Aprather Weg / In den Birken / In der Beek mit 11.816 Euro aus ihren freien Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 15
Ablehnung: 0
Enthaltung: 0

Lüppken
Bezirksvorsteher

Schall
Schriftführerin